

# **Arbeits Beschaffungs Maßnahmen**

**Beschaffung  
billiger, rechtloser Arbeitskraft!**

Handwritten text, possibly a title or header, mostly illegible due to blurriness.

Handwritten text, possibly a subtitle or address, mostly illegible due to blurriness.

V.i.S.d.P.: K.Vette ABM-Initiative  
Motzstraße 13  
1000 Berlin 30  
Druck: Kühl KG

# Korrekturen

## **S. 3 zweite Zeile:**

für die Beschäftigten gilt nicht BAT oder BMTG

## **S.5 fünfte Zeile:**

durchschnittlich 20%

## **S. 5 im Abschnitt Die Rechte:**

keine besondere Kündigung

## **S. 6**

volle Anwendung des BAT / BMTG

## **S. 18**

a.a.O. = Dokumente der SPD zur Jugendarbeitslosigkeit

## **S. 24**

nicht 50, sondern: 50000 überschritten

## **Gültige Plattform der ABM-Initiative**

1. Die ABM-Initiative ist ein Zusammenschluß von Arbeitern, Angestellten, Jugendlichen und Arbeitslosen gegen die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Berliner Senats. Die ABM-Initiative versteht sich nicht als politische Partei, sie ist politisch unabhängig und selbständig.

2. Die ABM-Initiative hat sich gegen die AB-Maßnahmen des Senats zusammengeschlossen, weil diese Programme gegen die Interessen der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung von Berlin gerichtet sind. Die ABM-Initiative sieht in den AB-Maßnahmen ein Instrument der Lohndrückerei und Entrechtung. Der Senat nutzt die AB-Maßnahmen, um auf billigste Weise seine Rationalisierungsmaßnahmen im Öffentlichen Dienst abzustützen, um Druck auf den Lohn der dort Beschäftigten auszuüben und um sich Beschäftigte Beschäftigte zu halten, die aufgrund ihrer Rechtlosigkeit gegen die Interessen der dauerhaft Beschäftigten einzusetzen sind. Da der Senat diese Programme politisch zu verantworten hat, erhebt die ABM-Initiative ihm gegenüber die Forderung nach

– **Umwandlung aller ABM-Stellen in Planstellen**

3. Die AB-Maßnahmen werden größtenteils aus der Arbeitslosenversicherung durch die Bundesanstalt für Arbeit finanziert. Die ABM-Initiative ist der Auffassung, daß die Versicherungsgelder der Arbeiter und Angestellten nicht für die Finanzierung von Lohndrückerprogrammen gedacht sind und unterstützt deshalb die Forderung des Hauptvorstandes der ÖTV nach

– **Selbstverwaltung der Versicherungskassen durch die Versicherten**

Da die Kapitalisten die Verursacher der Arbeitslosigkeit sind, und um eine Spaltung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen zu verhindern fordern wir

– **Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalseite bzw. den staatlichen Dienstherrn**

Das allgemein viel zu niedrige Arbeitslosengeld und die Begrenzung der Zahlungsdauer zwingen viele arbeitslose Kollegen, gegen ihre Interessen zu handeln und zu alleinigem Nutzen der Kapitalisten und des Staates jede beliebige Arbeit anzunehmen. Um diesem materiellen Druck auf die Kollegen zu begegnen, fordert die ABM-Initiative

– **Ein ausreichendes Arbeitslosengeld für die Dauer der Arbeitslosigkeit (80% des bisherigen Nettolohns) und Abschaffung der Sperrzeiten**